

Solidarität statt Konkurrenz Bundesweiter Kampf von Krankenhausbeschäftigten

Der Bundeskongress beschließt:

Spätestens ein halbes Jahr nach dem ver.di-Bundeskongress 2007 wird eine bundesweite Konferenz von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten, Jugendvertretern und interessierten Kolleginnen und Kollegen aus den Krankenhäusern durchgeführt. Die Konferenz soll folgende Inhalte haben:

- Systemwechsel bei der Krankenhausfinanzierung und die Entwicklung von Gegenpositionen und Forderungen gegen Fallpauschalen, Wettbewerb und Unterfinanzierung
- Folgen von TvöD und Zusi für die Belegschaften und Gegenpositionen
- Verhinderung von Privatisierung, Ausgründung und Tariffucht in Krankenhäusern mit allen gewerkschaftlichen Mitteln
 - Organisierung von bundesweitem Widerstand und konkreten Kampfmaßnahmen

Begründung

Beim ver.di-Bundeskongress 2003 wurde ein Antrag für eine Krankenhauskonferenz im ersten Quartal 2004 gestellt und als Arbeitsmaterial an den Bundesvorstand angenommen. Diese Konferenz hat nicht stattgefunden. Die Situation hat sich seither enorm verschärft. Eine Belegschaft nach der anderen wird erpresst und steht mit dem Rücken zur Wand. Laut einer Studie von Yong und Mummert sollen bis zum Jahr 2020 ein Viertel aller Akutkrankenhäuser „vom Markt verschwunden sein“. Dies soll über einen gnadenlosen Konkurrenzkampf erreicht werden. Die Einführung von DRGs sind das Instrument zur Organisierung dieses Konkurrenzkampfes. Ver.di hat den Arbeitgebern mit dem TvöD und dem ZuSi Tarifverträge in die Hand gegeben, mit denen Lohndumping betrieben wird. Die leistungsabhängige Lohnkomponente treibt Spaltung in die Belegschaften. Die ver.di-Führung und die Führung des Marburger Bundes haben es zu verantworten, dass die Krankenhausbelegschaften in ärztliches und nichtärztliches Personal gespalten sind. Die Situation in den Krankenhäusern ist bedrohlich, sowohl für Beschäftigten als auch für die Patienten. Widerstand ist notwendig. Dem betrieblichen Widerstand sind aber enge Grenzen gesetzt. Es ist notwendig einen bundesweiten politischen Kampf gegen die Finanzierung über Fallpauschalen, für mehr Stellen, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne zu führen. Eine Strategie für einen solchen Kampf muss Ergebnis einer bundesweiten ver.di-Krankenhauskonferenz sein.